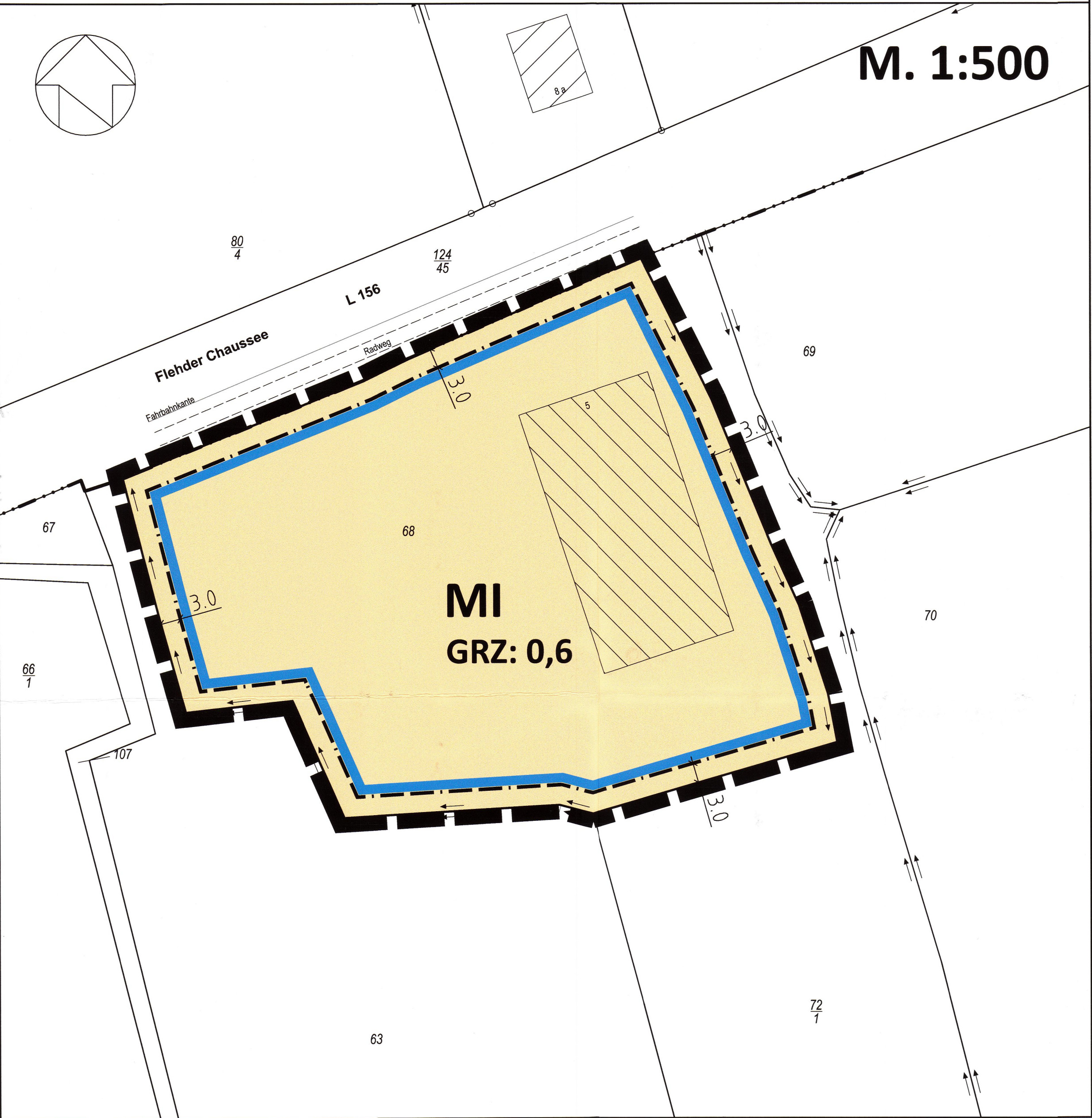


SATZUNG DER GEMEINDE REHM-FLEHDE-BARGEN ÜBER DEN VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN NR. 3 FÜR DAS GEBIET "GRUNDSTÜCK FLEHDER CHAUSSEE NR. 5, GEWERBEBETRIEB KÜHL"

TEIL A: PLANZEICHNUNG

Es gilt die BauNVO 1990

M. 1:500



ZEICHENERKLÄRUNG:

Planzeichen Erläuterung Rechtsgrundlage
I. FESTSETZUNGEN NACH § 9 BAUGB UND BAUNVO 1990

MI	Art der baulichen Nutzung	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
	Mischgebiet	§ 6 BauNVO
GRZ: 0,6	Maß der baulichen Nutzung	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB u. §§ 16 u. 17 BauNVO
	Grundflächenzahl als Höchstmaß, z.B. 0,6	
	Überbaubare Grundstücksflächen	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO
	Baugrenze	
	Sonstige Planzeichen	
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes	§ 9 Abs. 7 BauGB

II. DARSTELLUNG OHNE NORMCHARAKTER

68	Flurstücksbezeichnung, z.B. 68
	Gebäude Haupt-/Nebennutzung
	vorhandene Grundstücksgrenzen
	Grenze der Flur

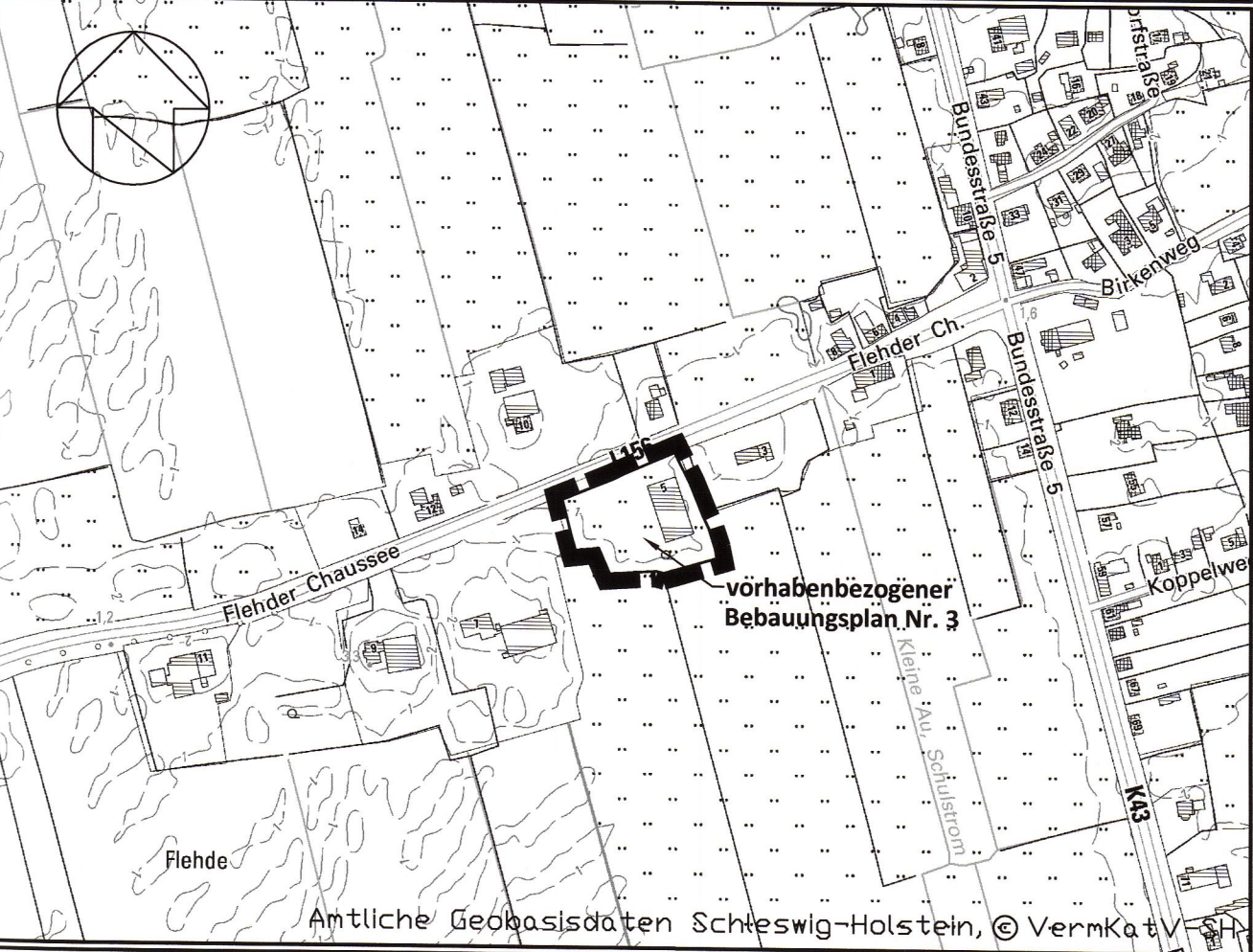
Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 10 - 04 - 2017 folgende Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 3 für das Gebiet "Grundstück Flehder Chaussee Nr. 5, Gewerbebetrieb Kühl" bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

TEIL B: TEXT

1. HÖHE BAULICHER ANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO)

- 1.1 Die maximal zulässige Höhe der Oberkanten der Erdgeschossfußböden (Rohbau) wird mit max. 0,70 m über der mittleren Höhenlage der zugehörigen Erschließungsfläche festgesetzt.
- 1.2 Die maximal zulässige Höhe von Gebäuden und Gebäudeteilen über Oberkante Erdgeschoss-fussboden (Rohbau) wird mit 10,0 m festgesetzt.

SATZUNG DER GEMEINDE REHM-FLEHDE-BARGEN ÜBER DEN VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN NR. 3 FÜR DAS GEBIET "GRUNDSTÜCK FLEHDER CHAUSSEE NR. 5, GEWERBEBETRIEB KÜHL"



ÜBERSICHTSPLAN

M. 1:5000

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 05 - 12 - 2016. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck im Bekanntmachungsblatt (Informationsdienst) am 02 - 01 - 2017 und durch Bekanntmachung im Internet erfolgt.

2. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB wurde am 06 - 02 - 2017 durchgeführt.

3. Die Gemeindevertretung hat am 06 - 02 - 2017 den Entwurf des B-Planes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

4. Der Entwurf des B-Planes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 22 - 02 - 2017 bis 24 - 03 - 2017 während der Dienstzeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, in der Zeit vom 08 - 02 - 2017 bis 21 - 02 - 2017 ortsüblich durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln und durch Bekanntmachung im Internet bekannt gemacht.

5. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gem. § 4 Abs. 2 BauGB am 20 - 02 - 2017 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Rehm-Flehde-Bargen, den 29.03.2017

BÜRGERMEISTERIN

6. Der katastermäßige Bestand am 5.5.2017 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.

Heide, den 22.5.2017

7. Die Gemeindevertretung hat die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am 10 - 04 - 2017 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.

8. Die Gemeindevertretung hat den B-Plan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) am 10 - 04 - 2017 als Satzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss gebilligt.

Rehm-Flehde-Bargen, den 12.04.2017

BÜRGERMEISTERIN

9. Die B-Plansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Rehm-Flehde-Bargen, den 12.04.2017

BÜRGERMEISTERIN

10. Der Beschluss des B-Planes durch die Gemeindevertretung und die Stelle, bei der der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung auf Dauer während der Sprechstunde von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt, sind vom 29.05.2017 bis 09.06.2017 durch Aushang ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung einschließlich der sich ergebenden Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) sowie auf die Möglichkeit, Entschädigungsansprüchen geltend zu machen und das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Auf die Rechtswirkungen des § 4 Abs. 3 GO wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mithin am 10.06.2017 in Kraft getreten.

Rehm-Flehde-Bargen, den 12.06.2017

BÜRGERMEISTERIN